

## PSI-POSITIONSPAPIER ZUM THEMA MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT IN GLOBALEN LIEFERKETTEN

### **Über die Internationale der Öffentlichen Dienste**

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Branchengewerkschaft, die mehr als 20 Millionen ArbeitnehmerInnen in 659 Gewerkschaften aus 152 Ländern und Gebieten vertritt. Unsere Aufgabe ist es, qualitativ hochwertige öffentliche Dienste in allen Teilen der Welt zu fördern. Unsere Mitglieder (zwei Drittel davon sind Frauen) arbeiten in Sozialdiensten, in der Gesundheitsversorgung, in Kommunaldiensten, in der zentralen Staatsverwaltung und in öffentlichen Versorgungsbetrieben wie der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft sowie in der Entsorgungswirtschaft. PSI ist Mitglied der UN Major Group Gewerkschaften und Arbeitnehmer sowie der Generalversammlung der Partner (GAP) von Habitat III. Als Anspruchsgruppe hat PSI deshalb ein unmittelbares Interesse daran, sich an Habitat III zu beteiligen und sich mit zehn Kernbotschaften einzubringen.

### **Über dieses Positionspapier**

Auf der Tagesordnung der 105. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2016 steht eine „allgemeine Aussprache zur menschenwürdigen Arbeit in globalen Lieferketten“<sup>1</sup>. Für PSI bietet sich hier eine gute Gelegenheit, die bedeutende Rolle herauszustreichen und zu verfechten, die öffentliche Dienste wie Arbeitsaufsicht, Steuerkontrolle und Überwachung von öffentlichem Beschaffungswesen für die Umsetzung menschenwürdiger Arbeit in globalen Lieferketten leisten. Dieses Positionspapier soll PSI-VertreterInnen als Informationsgrundlage und Leitlinie für diese Aussprache dienen.

\*\*\*

### **1. Die Verbindung zwischen globalen Lieferketten, multinationalen Unternehmen (MNU), öffentlichen Diensten und menschenwürdiger Arbeit**

Die Weltwirtschaft ist zunehmend durch den Aufstieg und die Dominanz von **globalen Lieferketten**<sup>2</sup> geprägt, die vorwiegend von multinationalen Unternehmen (MNU) kontrolliert werden. Globale Lieferketten bündeln Konzeptions-, Design-, Produktions- und Dienstleistungs-, Handels- und Transportprozesse, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend fragmentiert wurden. Sie sind grenzüberschreitend tätig und breiten sich immer weiter aus.

Die **Ausbreitung der globalen Lieferketten** wird durch die Verbreitung neuer Informations-, Kommunikations-, Produktions- und Austausch-Technologien und durch die daraus resultierende Digitalisierung von Dienstleistungen wie Verwaltungs- und Vermittlungstätigkeiten gefördert.

---

<sup>1</sup> Der Hintergrundbericht für diese Aussprache findet sich auf der IAO-Website unter:

[http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_469507.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_469507.pdf)

<sup>2</sup> IAO 2016, Bericht IV, Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten, S. 1, Abs. 5: „Der Begriff „globale Lieferketten“ bezieht sich hier auf die grenzüberschreitende Organisation der Tätigkeiten, die erforderlich sind, um Güter und Dienstleistungen zu erstellen und sie mithilfe von Inputs und über verschiedene Entwicklungs-, Produktions- und Lieferphasen zu den Verbrauchern zu bringen. Diese Definition umfasst ausländische Direktinvestitionen (ADI) multinationaler Unternehmen (MNU) in hundertprozentigen Tochtergesellschaften oder Gemeinschaftsunternehmen, in denen das MNU unmittelbar für das Arbeitsverhältnis verantwortlich ist. Sie umfasst auch das zunehmend vorherrschende Modell der internationalen Beschaffung, wobei die Einbindung der Leitfirmen durch die Bedingungen von vertraglichen oder bisweilen stillschweigenden Vereinbarungen mit ihren Zulieferern und Unterauftragnehmern für bestimmte Güter, Inputs und Dienstleistungen definiert wird“.

Globale Lieferketten umfassen nicht nur den Prozess der grenzüberschreitenden Herstellung von Gütern und Produkten, sondern zunehmend auch **die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen**, die traditionell als Domäne der öffentlichen Hand angesehen wurden, wie z.B. Versorgungsunternehmen (beispielsweise Energieversorgung), Gesundheitsversorgung und Sozialdienste. Dieser Prozess kann mit Verletzungen der Menschen- und Arbeitnehmerrechte und schlechten Arbeitsbedingungen in ihren globalen Lieferketten einhergehen, wie etwa im Fall der industriellen Fertigung.

MNUs nutzen globale Lieferketten, um Zugang zu den vorteilhaftesten Arbeits- und Umweltkosten für ihre Produktions- und Dienstleistungsschemata zu erlangen. Ohne gesetzliche Regulierung und ohne wirksame überstaatliche Regulierungssysteme resultieren diese Praktiken in einer Abwärtsspirale aus Wettbewerb und Benchmarking zwischen Ländern sowie nationalen Sozial-, Steuer- und Umweltgesetzgebungen („**Abwärtsspirale**“).

## **2. Die Bedingungen, unter denen MNUs und globale Lieferketten wirtschaftliche und soziale Entwicklung erzeugen**

Globale Lieferketten können auf vielfältige Weise zur **wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung** beitragen, Arbeitsplätze und Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen und junge ArbeitnehmerInnen schaffen und Mehrwert für lokale Gemeinschaften generieren, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Hierzu gehören eine angemessene Regulierung und Überwachung der globalen Lieferketten. Es sollte dafür gesorgt werden, dass sie mindestens die internationalen Menschen- und Arbeitsnormen wie die Vereinigungsfreiheit achten und in gutem Glauben Kollektivverhandlungen mit legitimen Gewerkschaften führen.

Diese Bedingungen umfassen ebenfalls einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der lokalen öffentlichen Dienste, der sozialen Sicherheit, der Gesundheitsversorgung und der Sozialdienste, der Versorgungsunternehmen und der Infrastrukturen, die Erzeugung von größerem Mehrwert, die Steigerung der Produktivität, die Schaffung von menschenwürdiger Beschäftigung und die Förderung von sauberen und effizienten Technologien. Die globalen Lieferketten spielen auch dann eine positive Rolle, wenn sie Güter und Dienstleistungen bereitstellen, die von den Gemeinschaften und Menschen wirklich gebraucht werden und für sie erschwinglich sind, und wenn ihre Erbringung durch eine nachhaltige, verantwortungsbewusste Ressourcenverwendung in transparenter und inklusiver Weise erfolgt, einschließlich eines echten Dialogs zwischen denjenigen, die demokratische Rechte besitzen und den Interessengruppen. Unter solchen Bedingungen können globale Lieferketten ihr Potenzial eines Beitrags zur lokalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung entfalten. Die Wirklichkeit sieht allerdings oft ganz anders aus.

## **3. Die Rolle von Unternehmen und Beschäftigten der öffentlichen Dienste in globalen Lieferketten**

Die Beschäftigten der öffentlichen Dienste sind hauptsächlich auf vier Arten an globalen Lieferketten beteiligt:

- 1) Wenn **vollständig, mehrheitlich oder teilweise staatseigene Betriebe** globale MNUs sind und Teil von globalen Lieferketten sind, wie dies bei der Energieversorgung und anderen Versorgungsunternehmen sowie in den Gesundheits- und Sozialdiensten der Fall ist. Solche globalen Unternehmen investieren, beschaffen Güter/Dienstleistungen, gründen Joint-Ventures, errichten Tochtergesellschaften, vergeben Aufträge an Unterauftragnehmer, nehmen Outsourcing in andere Länder vor und können mobile Belegschaften sowie WanderarbeitnehmerInnen einstellen.
- 2) Die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten spielen eine kritische Rolle bei der Konzeption und Umsetzung von **Politiken und Praktiken des öffentlichen Beschaffungswesens**. Die öffentlichen

Dienste gehören zu den Hauptauftragnehmern für die Gebäude- und Infrastrukturentwicklung und sind ein großer Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen, die häufig über globale Lieferketten hergestellt und geliefert werden – wie etwa Uniformen, Ausrüstung für die IT und das Gesundheitswesen, Lebensmittel, Möbel und Büromaterialien etc.

- 3) Durch die **Erbringung von hochwertigen öffentlichen Diensten** schaffen die Beschäftigten der öffentlichen Dienste das notwendige sozioökonomische Umfeld, in dem sich Unternehmen ansiedeln und erfolgreich tätig sein können.
- 4) Öffentliche Institutionen und ihre Beschäftigten spielen eine Schlüsselrolle für jedwede wirksame **Governance** und Regulierung von MNU und globalen Lieferketten: **nationale Arbeits- und Gesundheits-/Sicherheitsaufsicht, Arbeitsverwaltung, Sicherheitsbehörden und das Gerichtssystem** sind von besonders wesentlicher Bedeutung für die Governance von globalen Lieferketten.

#### **4. Asymmetrische Machtverhältnisse, die Beugung von nationaler Sozial-, Steuer- und Umweltgesetzgebung und die Vereinnahmung des Staats**

Wenn MNUs und ihre globalen Lieferketten in einem System **asymmetrischer Machtbeziehungen** zu lokalen Gemeinschaften, Zulieferern und ihren Unterauftragnehmern oder Behörden/Regierungen stehen – wie in Fällen, in denen es nur einen einzigen Käufer gibt (Käufermonopol), was typisch ist für manche Rohstoffmärkte oder im Fall des Missbrauchs einer dominanten Marktposition –, dann ist das positive Entwicklungspotenzial, das globale Lieferketten entfalten können, gefährdet. Das dominante Unternehmen und seine Verfechter streichen dann die Gewinne ein, wohingegen die lokale Bevölkerung und Gemeinden häufig als Verlierer dastehen, die in Abhängigkeit und Armut gefangen sind.

Wenn arbeitsintensive MNUs und globale Lieferketten aktiv Lobby-Arbeit bei Regierungen und staatlichen Regulierungsstellen betreiben, um Kosteneinsparungen, Streikverbote, Steuererleichterungen und laxer Sozial- und Umweltgesetzgebung zu erwirken, kommt es auch vor, dass die Produktions-, Dienstleistungs- und Beschaffungsaktivitäten von globalen Lieferketten in **freien Exportzonen (FEZ)** resultieren, die nicht zu nachhaltiger, langfristiger, organischer sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung führen und auch keine Entwicklung in Richtung höherwertiger Aktivitäten fördern. De facto führt die Deregulierung beim Sozial- und Arbeitsrecht häufig zu Ghettos von schlecht bezahlten ArbeitnehmerInnen (mit einer Mehrheit von jungen WanderarbeiterInnen), die in prekäre Verträge mit erzwungenen Überstunden und übermäßiger Arbeitsbelastung gebunden sind und bei denen die Arbeitgeber „rechtmäßig“ Menschenrechte wie die Vereinigungsfreiheit, das Kollektivverhandlungsrecht und Gesundheits-/Sicherheitsvorschriften umgehen dürfen; oder sie führt zu Situationen, in denen öffentliche Institutionen weder die Ressourcen noch die Fähigkeit oder den entsprechenden Willen haben, die Gesetzgebung ordnungsgemäß umzusetzen. Zusätzlich dazu werden Lieferketten durch gängige Outsourcing- und Untervergabepraktiken deutlich über Direktzulieferer mit einem direkten vertraglichen Verhältnis zur Leitfirma hinaus auf Untertierlieferanten ausgedehnt, deren vertragliche und arbeitsrechtliche Beziehung mit der Leitfirma nur schwer oder gar nicht rückverfolgt werden kann. Durch globale Lieferketten, die lange und komplexe Untervergabeketten umfassen, steigt das Risiko für Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Menschenhandel sowie andere Menschen- und Arbeitnehmerrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der globalen Lieferkette deutlich.

Globale Lieferketten und MNUs, die soziale, steuerliche und umweltrechtliche Vorteile oder auch laxer Regulierungssysteme bewusst ausnutzen, beeinträchtigen die Entwicklung und sollten für den Schaden zur Rechenschaft gezogen werden, den sie ArbeitnehmerInnen, der lokalen Bevölkerung, den öffentlichen Diensten und der Umwelt zufügen und der aus dem ungezügelter Verhalten von verantwortungslosen globalen Unternehmen resultiert. Solche Arrangements schaffen ein zutiefst **unfares Ungleichgewicht bei der Verteilung des Werts, der in globalen Lieferketten geschaffen wird** und von dem die Beschäftigten und die Öffentlichkeit nur einen winzigen Anteil erhalten.

Gerade MNUs und globale Lieferketten führen zu entwicklungsunfreundlichen Ergebnissen und unfairen Vereinbarungen für Beschäftigte, Bevölkerung und lokale Gemeinden, **wenn die Demokratie am Boden liegt und die Institutionen korrupt und „in den Fängen“ von mächtigen Interessengruppen sind**, einschließlich mancher globaler Unternehmen, die Lobby-Arbeit für die Aufweichung nationaler und internationaler Sozial-, Steuer- und Umweltgesetzgebung betreiben, auf Arbeitsmarktderegulierung drängen und die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienste befürworten, um Zugang zu neuen Märkten und Profitchancen zu erhalten. Die Fähigkeit von Geschäftsinteressen zur Beeinflussung der Politik und zur Unterwanderung der Demokratie zeigt sich offenkundig darin, dass die Umsätze mehrerer MNUs das BIP zahlreicher Staaten übersteigt.

## 5. Die Rolle des Staats, der öffentlichen Institutionen und der öffentlichen Dienste für die Governance von globalen Lieferketten

Um menschenwürdige Arbeit zu schaffen, müssen MNUs und sämtliche Akteure in globalen Lieferketten die **grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit** achten und umsetzen, die in den folgenden IAO-Übereinkommen festgelegt sind: Übereinkommen Nr. 87 (Vereinigungsfreiheit), Nr. 98 (Kollektivverhandlungen), Nr. 100 (Entgeltgleichheit), Nr. 111 (Nichtdiskriminierung), Nr. 29 (Zwangsarbeit) und Nr. 182 (Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit). Diese stellen die erste Säule der Agenda für menschenwürdige Arbeit dar. Darüber hinaus müssen diese Akteure auch zu den anderen drei Säulen einen Beitrag leisten (Schaffung von produktiver Beschäftigung, Stärkung der sozialen Sicherheit sowie Beteiligung am Dialog zwischen den Sozialpartnern am Arbeitsplatz). Damit globale Lieferketten nachhaltig sind, müssen die Unternehmen auch als Minimum eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung bereitstellen, im Einklang mit den IAO-Standards zu Gesundheits- und Arbeitsschutz, und einen existenzsichernden Lohn für die Beschäftigten.

Im Falle der IAO-Normen müssen Regierungen Bericht zu angeprangerten Verletzungen erstatten, und zwar in erster Linie beim Sachverständigenausschuss, beim dreigliedrigen Ausschuss und dem Ausschuss für Vereinigungsfreiheit.

Zudem gibt es Normen und Übereinkünfte, die an die IAO-Normen und andere UN-Menschenrechtsinstrumente – wie die Dreigliedrige Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik (MNU-Erklärung), die [OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen](#) (OECD-Leitsätze) und die [UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte \(UNGPs\)](#). Die MNU-Erklärung der IAO, gemäß der Unternehmen betreffend Arbeitnehmer- und Sozialrechte zur Zusammenarbeit mit Regierungen und Gewerkschaften in ihren Heimat- und Gastländern aufgefordert sind, wird derzeit vom IAO-Verwaltungsrat revidiert, um den Wortlaut zu aktualisieren und die Überwachungsmechanismen und Folgemaßnahmen auszubauen: Dieser Prozess soll bis März 2017 abgeschlossen sein. Die OECD-Leitsätze und die UNGPs erlegen Unternehmen und der Geschäftswelt spezifische Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen, inklusive Verletzungen der grundlegenden Arbeitnehmerrechte auf. Die beiden ersten Instrumente benötigen eine Aktualisierung und eine Verschärfung ihrer Überwachungsmechanismen und Folgemaßnahmen, wohingegen die beiden letzteren für sich selbst nicht ausreichend sind, da die OECD-Leitsätze für ihre Umsetzung auf die nationalen Kontaktstellen der Unterzeichnerstaaten angewiesen und die UN-Leitlinien freiwillig sind.

Zu den überstaatlichen arbeitsrechtlichen Instrumenten und Rahmenwerken für globale Lieferketten gehören auch **Globale Rahmenabkommen (GRA)** die zwischen Sozialpartnern, MNUs und internationalen Branchengewerkschaften (GUFs) – und etwas seltener auch Regierungen – ausgehandelt werden. Sie bilden das legitimste und schlussendlich auch effektivste arbeitsrechtliche Mittel für die Sicherstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in MNU, denn sie bieten ein permanentes Überwachungssystem für die globalen Arbeitsbeziehungen entlang der Lieferkette eines gegebenen MNU. Die GRA-Umsetzung verläuft in zahlreichen Fällen erfolgreich. Es ist jedoch nicht unüblich, dass es eine bedeutende Kluft und Abweichungen gibt zwischen dem, was auf dem Papier steht, und der Umsetzungspraxis, der Reichweite und den Auswirkungen.

In den letzten Jahrzehnten haben MNU und die Geschäftswelt eine wachsende Zahl an individuellen **audit-basierten, privaten Social-Compliance-Initiativen**, Verhaltenskodizes, Standards, Corporate-Social-Responsibility- (CSR) und Berichterstattungsinitiativen ins Leben gerufen. Solche Initiativen haben Parallelstrukturen geschaffen, die bei der Regulierung und Steuerung des Unternehmensverhaltens an die Stelle des Staats getreten sind und staatlicher Regulierung durch „Selbst-Governance“ zuvorgekommen sind. In vielen Fällen hat dieser Trend zu einer drastischen Schwächung der Rolle und Ressourcen der staatlichen Arbeitsaufsicht, auch bei globalen Lieferketten geführt, was den Interessen der Privatwirtschaft entgegenkommt und dem öffentlichen Interesse zuwiderläuft.

## **6. Die Verbindung zwischen Steuergerechtigkeit und der Umsetzung der menschenwürdigen Arbeit in globalen Lieferketten**

**Die Erfüllung der Steuerverpflichtungen von globalen Unternehmen in allen Ländern, in denen sie tätig sind, bildet einen integralen Bestandteil der sozialen Verantwortung der Geschäftswelt** und ist von wesentlicher Bedeutung für die Sicherung von menschenwürdiger Arbeit und die Achtung der Menschenrechte in globalen Lieferketten. Durch die Entrichtung ihres gerechten Steueranteils erbringen multinationale Unternehmen eine Gegenleistung an die Länder und Gemeinschaften, die die natürlichen Ressourcen, die Arbeitskräfte sowie die Produkte und öffentlichen Dienste liefern, die die Unternehmen für ihre Geschäftstätigkeit und die Erzielung von Gewinnen benötigen.

Die Ressourcen, die öffentliche Institutionen brauchen, um eine wirksame Überwachung und Behebung von Verstößen gegen die Prinzipien der menschenwürdigen Arbeit in globalen Lieferketten sicherzustellen, werden allzu häufig durch systematische Steuervermeidung ausgehöhlt. Dies untergräbt die Fähigkeit des Staats, die Menschen- und Arbeitnehmerrechte zu garantieren und Verletzungen zu ahnden. Die Achtung der Prinzipien der menschenwürdigen Arbeit und nachhaltige Verbesserungen bei den Bedingungen für die Beschäftigten in globalen Lieferketten wird es nicht geben, solange MNU – unter dem derzeitigen ausgehebelten Steuersystem – ihre grundlegende Verantwortung des Steuerzahlens rechtmäßig umgehen können. Wenn tatsächlich menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten erzielt werden soll, müssen die Vereinten Nationen eine systemische Reform der aktuellen Besteuerungssysteme vornehmen.

## **7. Migranten in der Arbeitnehmerschaft, private Arbeitsvermittlungsagenturen und globale Lieferketten**

Nationale und globale private Arbeitsvermittlungsagenturen sind bedeutende Akteure und Triebkräfte der globalen Lieferketten, da sie die erforderlichen Arbeitskräfte für die Produktion und die Erbringung von Dienstleistungen bereitstellen. Aufgrund ihrer Beschäftigungspraktiken können private Arbeitsvermittlungsagenturen – ohne entsprechende Regulierung und Kontrolle – zu bedeutenden Hindernissen für die Umsetzung der menschenwürdigen Arbeit in globalen Lieferketten werden. MigrantInnen, die über Rekrutierungsdienste in globalen Lieferketten arbeiten, können wegen des Einstellungsprozesses auf besonders schwerwiegende Problemen stoßen, von der Einstellung aufgrund von Beziehungen und ethnischer Diskriminierung bis hin zu – in den schlimmsten Fällen – Menschenhandel für die Zwangsarbeit.

Die IAO-Übereinkommen, die die Rechte von MigrantInnen schützen, umfassen sämtlich wesentlichen Schutz für die Menschenrechte derjenigen, die in globalen Lieferketten arbeiten. Sie müssen jedoch sprachlich spezifischer gefasst, weitreichender ratifiziert und wirksamer umgesetzt sowie durch internationale Zusammenarbeit unterstützt werden, um den weit verbreiteten missbräuchlichen Umgang mit MigrantInnen in globalen Lieferketten einzudämmen, der so häufig mit Menschenhandel, Zwangsarbeit und organisiertem Verbrechen verstrickt ist.

## 8. Politische Möglichkeiten zur Verbesserung der Governance in globalen Lieferketten

Im Licht der obigen Erwägungen sind es wiederum die **nationalen Regierungen, der Rechtsstaat und die Justizsysteme, die für die Aufrechterhaltung der Governance von globalen Lieferketten und die Umsetzung menschenwürdiger Arbeit zuständig sind**, wenn es bei der Lösung von Konflikten – auch innerhalb des GRA-Rahmens – zum Äußersten kommt und wenn alle Beschwerdemechanismen und außergerichtlichen Wege ausgeschöpft sind. Im Endeffekt sind es nach wie vor der Staat und seine nationalen, regionalen und lokalen öffentlichen Institutionen, die sicherstellen müssen, dass die Geschäftswelt, MNU und globale Lieferketten die internationalen Mindeststandards im Bereich Menschen- und Arbeitnehmerrechte einhalten. Die **Ratifizierung und Umsetzung des [IAO-Übereinkommens Nr. 151 über Arbeitsbeziehungen \(öffentlicher Dienst\)](#)**, das die Vereinigungs- und Kollektivverhandlungsrechte der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten schützt, ist von höchster Bedeutung für die Erreichung der menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, die eine Vorbedingung für die Umsetzung einer wirksamen Governance bei globalen Lieferketten und MNU darstellt. Übereinkommen Nr. 151 sollte deshalb als Teil des grundlegenden Normenkatalogs erachtet werden, der für die Umsetzung von menschenwürdiger Arbeit in globalen Lieferketten erforderlich ist.

Nur starke, ausreichend finanzierte und unabhängige öffentliche Institutionen mit gut ausgebildeten und qualifizierten Beschäftigten, die ihrerseits unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten, können die Umsetzung von menschenwürdiger Arbeit in globalen Lieferketten sicherstellen: Solche Institutionen sind unter anderem Arbeits- und Gesundheits-/Sicherheitsaufsicht, Arbeitsverwaltung, Umweltagenturen, Sicherheitsbehörden und die Justiz. Sie zählen zu den bedeutsamsten Akteuren, die für die Achtung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten sorgen. Institutioneller Kompetenzaufbau und die Stärkung solcher öffentlichen Institutionen müssen Vorrang erhalten. Insbesondere die Stärkung und Sicherstellung adäquater Ressourcen für eine effektiv funktionierende **nationale Arbeitsaufsicht** sind maßgeblich für die Erzielung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten.

Da globale Lieferketten durch den Welthandel und globale Investitionssysteme strukturiert und angetrieben werden, muss das Besteuerungssystem hier nachziehen und an diese globale Wirklichkeit angepasst werden. Deshalb ist ein inklusives und umfassendes globales Steuerkooperationssystem erforderlich, um die komplexen Financial-Engineering-Machenschaften und Steuerumgehungsmodelle der MNU anzugehen. Die **[Erklärung von 2015 der Unabhängigen Kommission zur Reform der Besteuerung internationaler Unternehmen \(ICRICT\)](#)** bietet die Gelegenheit, dieses Thema aufzunehmen und könnte als Roadmap für das weitere Vorgehen dienen.

Ohne **ganzheitlichen Kampf gegen die Korruption** ist es nicht möglich, menschenwürdige Arbeit auf nachhaltige Weise in den globalen Lieferketten umzusetzen. Korruption im öffentlichen wie im privaten Sektor schafft die Bedingungen dafür, dass der Staat „als Geisel genommen“ wird und verschärft das Machtungleichgewicht zwischen der Regulierung im öffentlichen Interesse und dem unternehmerischen Gewinnstreben. In diesem Zusammenhang braucht es auch wirksame Transparenzinitiativen und Regeln für die Beziehungen und die Interaktion zwischen Privat- und Firmeninteressen und öffentlichen Institutionen, einschließlich Lobby-Aktivitäten. Korruption lässt sich nicht ernsthaft angehen, wenn diejenigen, die sich dagegen wehren, nicht geschützt werden. Der **Schutz von Whistleblowern (Hinweisgebern)** ist deshalb realistisch gesehen ein Muss, um den Kampf gegen die Korruption in der öffentlichen Verwaltung führen und die Demokratie schützen zu können.

Im Hinblick auf das inhärent grenzüberschreitende Wesen der globalen Lieferketten und die Auswirkungen ihrer Geschäfte in zahlreichen Bereichen mit Wechselwirkungen, einschließlich bei Menschenrechten und der Umwelt, müssen die öffentlichen Institutionen ebenfalls dringendst mit einer **grenzüberschreitenden Gerichtsbarkeit und der Fähigkeit** zum Schutz der Menschen- und Arbeitnehmerrechte in der globalisierten Wirtschaft ausgestattet werden.